



NICHT IM NAMEN DES VOLKES

Rechtsextreme schüren gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und machen Stimmung gegen Umwelt- und Klimaschutz. Die Parteien der Mitte dürfen sich davon nicht einschüchtern lassen und selbst dem Populismus verfallen.

Weil ihr die Hetze auf Geflüchtete nicht mehr genügend Aufmerksamkeit bringt, hat die rechtsextreme AfD den Kampf gegen den Klimaschutz als weiteres großes Thema entdeckt. Wie schon bei Eurokrise und Migration zeugen ihre Wortmeldungen von maximaler Empörung bei minimaler Sachkenntnis. Dafür malen die AfDler*innen als professionelle Populist*innen das alte Zerrbild einer verkommenen Elite, die „das Volk“ unterdrückt; in diesem Fall mittels herbeischwadronierter „Klimadiktatur“.

Bundesweit war die AfD damit nicht so erfolgreich, wie sie selbst erwartet hatte: die 11 Prozent bei der Europawahl waren anderthalb Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl 2017. In Brandenburg, Thüringen (jeweils 23 Prozent) und Sachsen (27 Prozent) zog die Mischung aus Rassismus und Klimaleugnung deutlich mehr. Dass ein gewisser Anteil der Wahlberechtigten über ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild verfügt, das hervorragend mit dem Leugnen wissenschaftlicher Erkenntnisse vereinbar ist, lässt sich allenfalls langfristig über bessere Bildung für alle ändern. Kurzfristig gibt es nur einen sinnvollen Umgang mit den Rechtsextremen: keine Gespräche, keine Kooperationen, keine Resonanz für ihre Themen – und keine Nachsicht, wenn es justiziabel wird.

Wir sind mehr

Damit könnte eigentlich alles geregelt sein. Denn so hässlich die Viertel-, Halb- und Ganzfaschist*innen in den Parlamenten sind, sie stellen nur eine Minderheit. Die große Mehrheit der demokratischen Parteien muss nichts weiter tun, als die Rechtsextremen mit ihrer Hetze und Faktenverdreherei zu isolieren und inhaltlich zu ignorieren.

Doch wie schon beim Thema Migration schlagen etliche Politiker*innen der Mitte auch bei Umwelt- und Klimaschutzfragen in eine äh-

liche Kerbe wie die AfD. Da wettet der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) gegen eine in Deutschland angeblich herrschende „Klimahysterie“ und die brandenburgische CDU lädt einen notorischen Klimaleugner als Redner ein – aus „Fairness“, schließlich sei mit dem früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) zuvor ein Klimaschützer zu Gast gewesen. Auch für den FDP-Vorsitzenden Christian Lindner ist keine These zu steil. Der Kohleausstieg sei ein deutscher Sonderweg und die Politik insgesamt von ökologischen Zielsetzungen einseitig dominiert. Für Lindner erfährt das Auto in „Deutschland nur noch Geringschätzung“, und zwar „bis in die Spitzen der Politik“. Wer kann toppen? Tilman Kuban kann. Er wirft den Grünen vor, für Tofuwurstchen und Avocadoströbchen den Regenwald abzuholzen. Ob der Chef der Jungen Union wohl ahnt, wie viel Soja in dem Steak steckt, das er nach eigener Aussage so gern grillt?

Mittiger Populismus

Natürlich wissen die hier zitierten Politiker ganz genau, dass Deutschland weit davon entfernt ist, sich in eine Ökodiktatur zu verwandeln. Im Gegensatz zu den Wissenschaftsleugner*innen von der AfD bestreiten sie auch nicht, dass die globale Erhitzung menschengemacht ist und Handlungsbedarf besteht. Aber sie haben es auf dieselben Wähler*innen abgesehen und so werden sie selbst zu Populist*innen.

Ihr zentrales Versprechen ist, man könne die Menschen am besten durch ein ignoranten „Weiterso“ vor den Zumutungen der Zukunft schützen. Rasen auf der Autobahn, Schnitzel zum Dumpingpreis, Kurztrips nach Malle und Silvesterknallerei verklären diese Populist*innen der Mitte zu Symbolen einer angeblich gefährdeten Freiheit, ja geradezu zu unveräußerlichen Menschenrechten. Die Frage, ob die Folgen des Klimawandels auf

lange Sicht eine viel größere Gefahr für Freiheit und Wohlstand bedeuten, sparen sie aber lieber aus.

Das kalkulierte Ökobashing ist keine Spezialität von Union und FDP. Auch in der SPD glauben so einige davon zu profitieren. So versucht sich die Berliner SPD als Schutzpatron der Autofahrenden zu stilisieren und spaltet dabei die Stadtgesellschaft. Sie suggeriert, die Berliner*innen bestünden aus zwei Gruppen: hier die hart arbeitenden Menschen in den Außenbezirken, die fast alle im Schichtdienst malochen und daher dringend auf das Auto angewiesen sind, dort die wohlhabende, abgehobene, ideologiegetriebene Elite in den Innenstadtbezirken, die die Welt vom Fahrradsattel aus zwangsbeglücken will.

Es geht nur noch um das Wie

Müßig zu erwähnen, dass die Wirklichkeit wesentlich komplexer ist. Vor allem aber sind die Wähler*innen gedanklich viel weiter, als die Populist*innen der Mitte glauben. Das zeigen nicht zuletzt die Volksbegehren für Artenvielfalt und den Ausstieg aus der Massentierhaltung, die in so unterschiedlichen Bundesländern wie Bayern und Brandenburg erfolgreich waren. Umwelt- und Naturschutz bewegt längst viele Menschen außerhalb der Ökoszene.

Abgesehen von einer lauten Minderheit, die auf lange Zeit an den rechten Rand verloren ist, teilt die überwältigende Mehrheit die Auffassung, dass es sich lohnt, die Erde als lebenswerten Ort zu erhalten – auch wenn die wenigsten Menschen einen makellosen ökologischen Fußabdruck haben und nicht selten Widersprüche zwischen ihrem Anspruch und ihrem Handeln bestehen. Aber: Die Leute sind bereit für Veränderungen, sie brauchen vielleicht den einen oder anderen Schubser, aber bestimmt keine Populist*innen, die an ihre niederen Instinkte appellieren. sp

INHALT

Thema Populismus

Nichts gegen Klimaschutz, aber ...: Mit welchen Taktiken Populist*innen auf schnellen Applaus zielen
Seite 2

„Man kann nicht alle einbinden, die behaupten, die Erde sei eine Scheibe“: Interview mit Katja Berlin
Seite 3

AKTUELL

Stadt braucht Grün: Berlins Stadtnatur jetzt sichern
Seite 4

Chance vergeben? Berliner Vergabegesetz wird novelliert
Seite 4

Lobbyismus und Populismus: Wie die Brandenburger Landnutzerverbände agieren
Seite 5

73.000 gegen Pestizide: Volksinitiative Artenvielfalt erfolgreich
Seite 5

BUNDJUGEND

Bin ich ein „Klimaschutzheuchler“?
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Büffel, Reiher und Biber: Spaziergang durch das Erpetal
Seite 7

ÖKOTIPP

Gerüchte aus der Welt schaffen
Seite 7

KURZ & BUND

Bunte Wiesen
Seite 8

Populismus in Zahlen
Seite 8

INFO

WILDTIERE ALS ANGSTMACHER

Wolf und Biber haben viele Fans, aber auch Gegner*innen, vor allem unter Landnutzer*innen wie Landwirt*innen und Fischer*innen (mehr dazu auf Seite 5). Ganz offen macht die rechtsextreme AfD Stimmung gegen Wildtiere. Ihre Politiker*innen reden vor allem im Zusammenhang mit Wölfen, aber auch mit Bibern und Kormoranen von einer „bedrohlichen Invasion“. Die Analogie zur Migration ist Absicht. Von dieser Stimmung haben sich abgesehen von Linken und Grünen auch die anderen Parteien treiben lassen.

So setzt sich die CDU für „Schutzjagden“ ein, um den Wolfsbestand zu „regulieren“. Ihre Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner will „wolfsfreie Zonen“ einrichten, in denen die Tiere präventiv getötet werden. Die FDP will neben dem Wolf auch den Biber ins Jagdrecht überführen und seine „unkontrollierbare Population stoppen“. Die SPD stellte in ihrem Brandenburger Wahlprogramm in Aussicht, den Schutzstatus des Wolfs zu lockern. Und rechtzeitig vor den Landtagswahlen in Ostdeutschland 2019 legte die Bundesregierung einen Änderungsentwurf für das Bundesnaturschutzgesetz vor: Bei wiederholten Angriffen auf Herden sollen ganze Wolfsrudel geschossen werden dürfen, nicht nur die Einzeltiere, die den Schaden verursacht haben.

Als Argument für die „Regulierung“ von Wölfen und Bibern muss immer wieder der „günstige Erhaltungszustand“ herhalten, den diese geschützten Arten angeblich erreicht haben. Allerdings ist der „günstige Erhaltungszustand“ keine politisch festzulegende Größe, sondern eine Bewertung nach wissenschaftlichen Standards. Das ignorieren populistische Politiker*innen hartnäckig.

NICHTS GEGEN KLIMASCHUTZ, ABER ...

Abgesehen von der AfD sind alle Parteien grundsätzlich für den Umwelt- und Naturschutz. Außer dann, wenn es konkret wird. Eine Übersicht von Abwehrtaktiken, die vor allem auf schnellen Applaus zielen.

Soziale Fragen vorschoben

Wer Veränderungen verhindern oder verzögern will, kann versuchen, sie in einen Zusammenhang mit sozialen Schieflagen zu bringen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Verkehrspolitik. Beliebt ist in der Berliner Debatte um die künftige Mobilität außerdem, Unterschiede zwischen Bewohner*innen der Innenstadt- und Außenbezirke zu machen.

„Eine Kellnerin, die im Stadtzentrum arbeitet, kann in der Nacht nicht mehr mit der Bahn in Richtung Spandau nach Hause fahren, weil dann keine Bahn mehr fährt. Soll sie also auf ihre Arbeit verzichten oder die Parkuhr mit ihrem Lohn füttern? Das ist nicht sozial gerecht.“
Raed Saleh (SPD) zum Thema Parkraumbewirtschaftung

„In den Randbezirken wohnen die Ameisen, die die Stadt für die Reichen am Laufen halten ... Man kann nicht einfach den Leuten am Rand der Stadt verbieten, mit ihrem alten Kleinwagen zu fahren, weil man sie dann vom städtischen Leben abschneidet.“
Sven Kohlmeier (SPD) über Mobilität in Berlin

„Müller will diejenigen bestrafen, die morgens aufstehen, zur Arbeit fahren und nach Feierabend die Kinder vom Sportverein abholen.“
Kai Wegner (CDU) über das später zurückgezogene Bekenntnis des Regierenden Bürgermeisters zur emissionsfreien Stadt 2030

Richtig ist: Der öffentliche Nahverkehr muss besser werden, aber nicht nur in den Randbezirken, sondern auch im Zentrum und selbstverständlich auch in Brandenburg. Davon profitieren Menschen mit niedrigem Einkommen am meisten, schließlich sind sie gleichzeitig auch diejenigen, bei denen der Motorisierungsgrad niedrig ist. Wenn Einschränkungen des Autoverkehrs kommen – und die werden kommen –, müssen sie für alle gleichermaßen gelten.

EDITORIAL

von Carsten Preuß, Verena Graichen, und Franziska Sperfeld

Liebe Leser*innen, Franz Müntefering hat einmal gesagt, Opposition sei Mist. Das stimmt natürlich nicht, ohne Opposition funktioniert Demokratie nicht (zu seiner Ehrenrettung: Der frühere SPD-Chef meinte damit nur, dass er lieber regiert). Populismus hingegen ist immer Mist – und das ist noch freundlich ausgedrückt.

Minderheiten ausgrenzen, die Gesellschaft in „das einfache Volk“ und „die da oben“ spalten, schlichte Lösungen für komplexe Probleme propagieren, mit „alternativen Fakten“ hantieren, sich selbst als alleinigen Überbringer des „echten Volkswillens“ aufspielen: Populistische Politiker*innen stiften jede Menge Unheil. Und immer stärker nutzen sie die Umweltpolitik als Betätigungsfeld.

Überbringer schlechter Nachrichten diskreditieren

Regelmäßig und völlig zu Recht prangert die Fridays-for-Future-Bewegung das Versagen der Politik an. Wenn Politiker*innen versuchen, prominente Vertreterinnen der Bewegung als Heuchlerinnen zu entlarven, können sie sich auf die Zustimmung all derjenigen verlassen, die sich gegen Veränderungen sperren.

„Klar, das ist auch ein Stück weit Selbstinszenierung [...] Sie hat den zweiten Teil der Geschichte nicht öffentlich erzählt, wahrscheinlich wusste sie, warum.“

Franziska Giffey (SPD) über Greta Thunbergs Reise mit der Deutschen Bahn

„Doppelmoral à la Luisa Neubauer: Regierung und Politiker für angebliches Engagement beim Klimaschutz attackieren, aber mit 23 mehr Kontinente bereist haben als die meisten Deutschen.“

Stefan Müller (CSU)

Sind nun alle Forderungen von Fridays for Future hinfällig? Weil Greta Thunberg ihre Fahrt durch Deutschland nicht ausschließlich auf dem ICE-Fußboden, sondern teilweise auch auf einem Sitzplatz in der ersten Klasse (erste Klasse! Elite! Neid!) verbracht hat? Und weil ihre deutsche Mitstreiterin Luisa Neubauer schon einmal ein Flugzeug von innen gesehen hat?

Whataboutismus

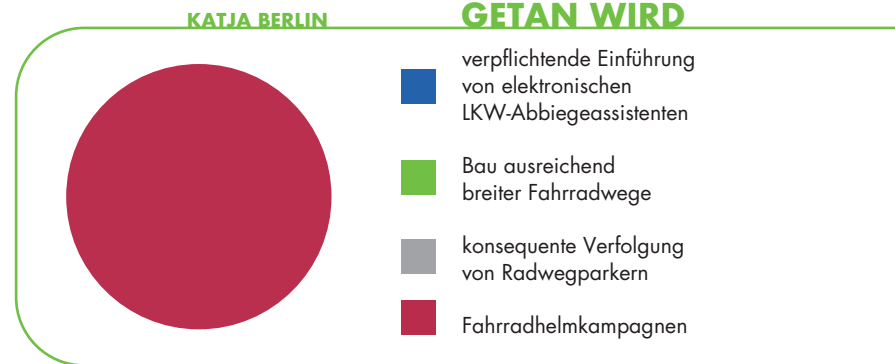
Auf ein anderes Problem zeigen und sagen „Aber was ist denn mit ...“, ist eine uralte Taktik. Oft wenden sie die Fans von undemokratischen Regimes an, indem sie Kritik an Menschenrechtsverletzungen mit dem Hinweis auf schlimme Zustände in anderen Ländern kotern. In der Klimaschutzdebatte lässt sich das aber auch hervorragend machen.

„Wir reden die ganze Zeit nur über Fleisch, wir sollten genauso über Heizen und Wohnen reden!“

Christian Lindner (FDP)

Richtig, Heizen und Wohnen ist durchaus klimarelevant. Nur: Niemand hindert den FDP-Vorsitzenden, darüber zu reden. Doch leider tut er es nur dann, wenn andere über Fleisch sprechen. Nebenbei erwähnt: Die meisten Menschen haben kurzfristig nur sehr begrenzt Einfluss darauf, mit welcher Technik sie heizen und wo sie wohnen. Ernährungsgewohnheiten dagegen lassen sich von einer Minute auf die andere modifizieren. Zuerst die Dinge ändern, die man leicht ändern kann, das müsste einem echten, pragmatischen Liberalen doch gefallen ... sp

WAS FÜR FAHRRADESICHERHEIT IN DEUTSCHLAND GETAN WIRD



Dem stellen wir uns entgegen. Als BUND setzen wir uns auch 2020 dafür ein, dass Diskussionen bei allen inhaltlichen Differenzen sachlich, freundlich und lösungsorientiert geführt werden. Mit Leuten, die sich von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abwenden, hat das Gespräch aber keinen Sinn.

Zum ersten Mal grüßen wir Sie an dieser Stelle zu dritt, denn seit dem Herbst wird der BUND Brandenburg von einer Doppelspitze geführt.

Ihnen alles Gute, was auch immer Sie sich für das neue Jahr vorgenommen haben!

C. Preuß *V. Graichen* *Franziska Sperfeld*
 Vorsitzender BUND Brandenburg Vorsitzende BUND Berlin Vorsitzende BUND Brandenburg

„MAN KANN NICHT ALLE EINBINDEN, DIE BEHAUPTEN, DIE ERDE SEI EINE SCHEIBE“

Katja Berlin über die Diskussionskultur im Netz, das Gerede von Verboten und die aufklärerische Kraft von Infografiken

BUNDzeit: Was sind „Torten der Wahrheit“?

Katja Berlin: Meine Infografiken geben gefühlte Wahrheiten wieder. Ihre Form ist scheinbar objektiv, neutral, wissenschaftlich. Sie haben eine hohe Glaubwürdigkeit, so dass ich oft gefragt werde, woher ich meine Daten habe. Aber die Torten sind total subjektiv, nämlich mein Kommentar. Ich schaue, wo es Widersprüche in der öffentlichen Meinung gibt, die aller Grundlagen entbehren, und stelle das satirisch dar. Ein Beispiel: Wenn Politiker*innen darüber reden, Leben zu schützen, dann wollen sie Schwangerschaftsabbrüche verbieten. „Leben schützen“ sagen sie aber nicht, wenn es um Pflegenotstand oder um Seenotrettung geht. Solche Heuchelei verarbeite ich dann zu Humor.

Wo finden Sie diese Meinungen, die durch die Gesellschaft wabern?

Im tiefsten Sumpf des Internets. Zum Beispiel in den Leserforen von konservativ-rechten Medien wie FAZ, Welt und Neue Zürcher Zeitung, was die verschärfte Version des Stammtischgeredes ist. Viele dieser Meinungen widerlege ich mit meinen satirischen Infografiken oder ich stelle sie bloß.

Gibt es beim „alten weißen Mann im Internet“ bestimmte Einstellung immer nur im Gesamtpaket? Oder warum sind so viele Trolle gleichzeitig „Asylgegner“, „Frauen skeptiker“ und „Klimaleugner“?

Frausenskeptiker? Frauenhasser würde ich eher sagen. Ja, es gibt Untersuchungen, die das belegen. Ich glaube, dass mit dem feministischen Kampf und der zunehmenden Gleichberechtigung, die aber immer noch nicht erreicht ist, ein Rumoren aufkam, das sich später in der AfD äußerte. Es geht um gefühlten Privilegienverlust. Alle, die nicht weiß, heterosexuell und männlich sind, aber gleiche Rechte einfordern, werden als Bedrohung wahrgenommen. Die Hater haben ein geschlossenes, aber ziemlich widersprüchliches Weltbild. So gerieren sie sich nur dann als Frauenrechtler, wenn es gegen Kopftücher geht. Im Gegensatz zu den Linken, bei denen es dauernd Diskussionen und Konflikte gibt, zeigen sich die Rechten sehr geschlossen, untereinander wird nicht diskutiert.

Wenn in diesen Foren nicht diskutiert wird, was dann?

Sie bestätigen sich gegenseitig. Seit Jahren fallen dort die gleichen Phrasen, etwa „Danke, Merkel“. Die sind nicht witzig oder kreativ. Es geht nur um Abwehr und Bekräftigung von Meinungen und Vorurteilen.

Und in welchen Situationen hilft Ironie?

Immer! Wobei Ironie nicht immer verstanden wird, sagen wir also besser Humor. Humor hilft in allen Lebenslagen, nicht nur in politischen Debatten. Wenn man einen Witz über etwas – oder am besten über sich selbst – macht, nimmt man Distanz ein.

Gerade in der Umweltpolitik hat man es oft mit Stereotypen zu tun. Nehmen wir zum Beispiel die Krankenschwester, die Konservative und Liberale gerne hervorholen, wenn sie gegen Verbote oder vermeintliche Verbote argumentieren wollen. Etwa so: „Wenn das Autofahren oder das Parken eingeschränkt wird, leidet vor allem die Krankenschwester darunter, weil sie dann nicht mehr zur Arbeit beziehungsweise zur Nachtschicht fahren kann.“

Das ist ein schöner Fall, weil man sieht, wie die Arbeiterschicht die Konservativen und Liberalen erst dann interessiert, wenn sie sich für ihre Anliegen einspannen lässt. Wer sind eigentlich die Verbotsparteien? Das sind doch die Konservativen. Aber sie werfen der Gegenseite genau das vor, was sie selbst machen. Und damit sind die links der Mitte in der Position, sich mit „Wir wollen gar nicht verbieten“ zu rechtfertigen – und schon sind Verbote in den Köpfen drin. Man könnte auch darüber diskutieren, wie der Autoverkehr uns finanziell, gesundheitlich und ökologisch schadet. Aber sofort wird das Thema auf Tempolimit und andere Verbote reduziert.

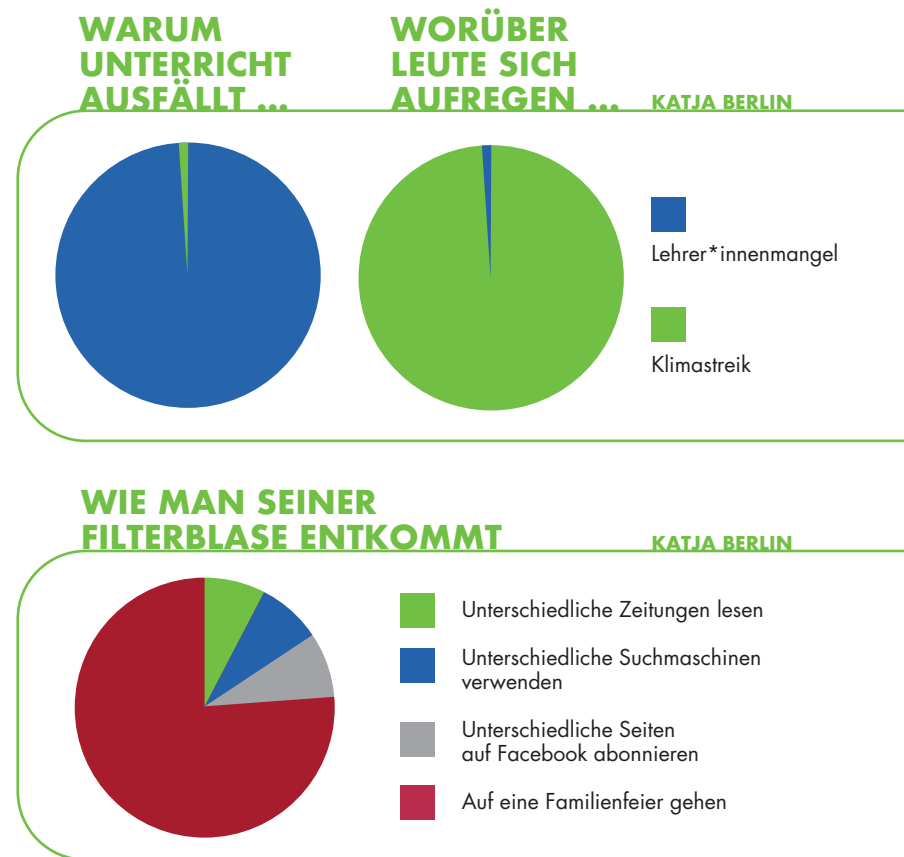
Obwohl wir bei fast allem, was umweltschädlich ist, meilenweit von Verboten entfernt sind, heißt es oft „Man wird ja wohl noch mal ...“

Dem könnte man entgegnen: „Man wird ja wohl noch mal abtreiben dürfen“ oder „Man wird ja wohl sonntags noch mal Rasen mähen dürfen“. Vielleicht sollten wir nicht von Verboten, sondern lieber von Gesetzen und Regeln sprechen, denn letztlich bestimmen diese das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Außerdem will niemand wirklich das Schmitzel verbieten.

Ob Autofahren oder Kohleausstieg: Die Parteien der Mitte hecheln oft den vielzitierten „Ängsten und Sorgen der Menschen“ hinterher, um die Wahl der Rechtsextremen zu verhindern. Ist die Angst vor Stimmzug berechtigt?

Tatsächlich sind die Rechten wesentlich lauter als die anderen, so dass viele denken, die Debatten in Kommentarspalten und Foren spiegeln die realen Mehrheitsverhältnisse wider. Untersuchungen zeigen, dass Rechte häufiger kommentieren. Die meisten Menschen, die viel eher die Mitte repräsentieren, äußern sich aber gar nicht. Deshalb sage ich: lieber selbst die Themen setzen! Dabei kann man nicht immer alle einbinden. Wenn man über die Zukunft der Erde redet, kann man nicht auch mit allen reden, die behaupten, die Erde sei eine Scheibe.

Das Interview führte Sebastian Petrich



ZUR PERSON

Katja Berlin ist Autorin und Kolumnistin. Nach ihrem Studium der Politik- und Medienwissenschaften hat sie bei Verbänden gearbeitet, bis sie 2010 ein Blog mit lustigen Infografiken startete. Sie hat insgesamt 14 Bücher geschrieben, darunter Bestseller wie „Was wir tun, wenn der Aufzug nicht kommt“ und „Was wir tun, wenn es an der Haustür klingelt“. In ihrer wöchentlichen Grafikkolumne „Torte der Wahrheit“ in der ZEIT kommentiert sie das politische Zeitgeschehen. Außerdem schreibt sie eine Berlinkolumne für die Berliner Zeitung.

Foto: Liane Obermann

MITMACHEN

ANPACKEN GEGEN POPULISMUS

Gegen Hetze, Gerüchte, Tatsachenverdrehungen, Vereinfachungen, schlechte Laune und andere Merkmale populistischer Politik hilft auf lange Sicht am besten eine wache und aktive Zivilgesellschaft. Werfen Sie jetzt einen Blick auf die vielen Möglichkeiten, beim BUND mitzumachen!

In der Berliner Landesgeschäftsstelle treffen sich regelmäßig die politischen Arbeitskreise Mobilität, Klima und Erneuerbare Energien, Abfall und Ressourcenschutz sowie Wasser (letzterer zusammen mit Ehrenamtlichen aus Brandenburg). Die Aktiven der Arbeitskreise fehlen an politischen Konzepten, machen Öffentlichkeitsarbeit für ihre Themen und stellen die verschiedensten Projekte auf die Beine. Um den fachlichen Austausch geht es im Arbeitskreis Pilzkunde und Ökologie, der auch die Qualifizierung von Pilzsachverständigen fördert.

Eher praktisch geht es in den Projektgruppen zu, die sich um die BUND-Streuobstwiese in Stahnsdorf kümmern, das Areal um den Vierling-Teich in Zehlendorf pflegen und das Biotop auf dem ehemaligen Wriezener Bahnhof in Friedrichshain schützen und weiterentwickeln. Außerdem treffen sich BUND-Aktive in den Bezirksgruppen Spandau, Südwest und Südost.

www.BUND-Berlin.de/mitmachen

In Brandenburg sind viele BUND-Ehrenamtliche in sechs Kreisverbänden und zwölf Ortsgruppen aktiv. Im vergangenen Jahr haben sich vier neue Gruppen gegründet. Eine kleine Auswahl ihrer Projekte: In Lübben/Spreewald engagieren sie sich für städtische Bunte Wiesen, in Spree-Neiße für müllfreie Wälder und in der Uckermark für eine umweltfreundlichere Landwirtschaft. Neue Interessierte sind bei allen Gruppen herzlich willkommen!

www.BUND-Brandenburg.de/bund-gruppen

NULL MÜLL FÜR FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Mehrwegeschirr für Wochenmärkte und Straßenfeste, öffentliche Aschenbecher, Förderung von Sperrgutmärkten und „Bibliotheken der Dinge“, Verbot von Einweggrills bei gleichzeitiger Einrichtung von öffentlichen Grillstationen in Parks: Das sind nur einige Punkte, die sich der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg vorgenommen hat, um Vermüllung und Ressourcenverschwendung zu verringern. Das bezirkliche Zero-Waste-Konzept, an dem auch der BUND mitgearbeitet hat, wird ab sofort umgesetzt. www.kurzlink.de/zw-xhain

BERLINER STRASSEN FÜR ALLE

Die wachsende Zahl von Autos in der Stadt stellt das wohl größte Hindernis für die Verkehrswende dar. Gemeinsam mit anderen Umwelt- und Mobilitätsverbänden hat der BUND formuliert, wie dieses Problem zu lösen ist.

1. Bis 2030 sollen jährlich 60.000 Parkplätze in öffentlichen Raum umgewandelt werden.
2. Durchgangsverkehr in Kiezen stoppen, autofreie Quartiere fördern.
3. Mehr Sicherheit durch Tempo 30 auf Hauptstraßen.
4. Einsatz von Sharing-Fahrzeugen effizient steuern.
5. Autonome Fahrzeuge nur für Sharingdienste ohne Leerfahrten zulassen.
6. Anzahl und Größe der Fahrzeuge im Güterverkehr halbieren.
7. Befreiung Berlins von Verbrennern bis 2030.

INSEKTENATLAS

Was Insekten leisten, was sie bedroht, was jetzt zu tun ist: Das und viel mehr steht im erstmals erschienenen Insektenatlas. www.BUND.net/insektenatlas



Foto: Sebastian Perlich

Absichtserklärungen allein nützen der Stadtnatur recht wenig.

STADT BRAUCHT GRÜN

Dass grüne Flächen eine enorme Bedeutung für Berlin haben, ist allgemein bekannt und akzeptiert. Weil der Flächenfraß in der Stadt dennoch weitergeht, müssen die grünen Orte planungsrechtlich gesichert werden. Und das schnell.

Grundsätzlich hat sich der rot-rot-grüne Senat dazu bekannt, das Berliner Stadtgrün zu erhalten und naturnah zu pflegen. Das steht in dem Entwurf der „Charta für das Berliner Stadtgrün“, auf den sich die Koalition geeinigt hat. Nur: Was folgt daraus? Bislang gar nichts. Jahr für Jahr gehen rund 50 Hektar Stadtnatur verloren, weil Investor*innen und Bauämter Fakten schaffen. Der Druck auf das verliebene Grün steigt, weil sich immer mehr Menschen immer weniger Erholungsraum teilen müssen. Eine wachsende Stadt braucht nicht weniger, sondern mehr grüne Flächen.

Der BUND fordert deshalb, das Stadtgrün rechtlich verbindlich zu schützen. Widersprüche zwischen den einzelnen relevanten Planwerken (Flächennutzungsplan, Landschaftsprogramm) müssen zugunsten der grünen Flächen aufgelöst werden. Absichtserklärungen helfen beim Erhalt der grünen Infrastruktur nur bedingt.

Sparpolitik lässt Bäume verdorren

Damit sich die Menschen in den Grünanlagen wohlfühlen und Vögel, Bienen und Schmetterlinge gute Lebensbedingungen haben, müssen die Grünflächenämter wieder in die

Lage versetzt werden, Bäume, Wiesen und Sträucher fachgerecht zu pflegen oder pflegen zu lassen. Nach den jahrelangen Sparhaushalten sind sie dazu nur noch eingeschränkt in der Lage, wie ein Beispiel aus Schöneberg zeigt. 2019 vertrockneten während des zweiten Dürresommers in Folge ein Dutzend Bäume im Kleistpark, eigentlich eine Grünanlage mit höchstem Pflegestatus. Warum wurden die Parkbäume nicht gegossen? Wasseranschlüsse sind auf dem Areal, das bis 1897 den Botanischen Garten beherbergte, vorhanden. Allerdings wurden sie irgendwann nach der Jahrtausendwende aus Kostengründen deaktiviert. Um die überlebenden Bäume, von denen einige als Naturdenkmale ausgewiesen sind, über die nächsten Dürresommer zu retten, müssen die Hydranten dringend wieder in Betrieb genommen werden.

Um der Forderung nach Sicherung der grünen Flächen mehr Gewicht zu verleihen, brauchen wir Ihre Hilfe. Bitte schreiben Sie dem Senat, dass Sie auf den Erhalt des Stadtgrüns bestehen! Dazu haben wir ein Onlineformular vorbereitet. Sie müssen lediglich Ihre persönlichen Daten einsetzen und – wenn Sie möchten – begründen, warum Ihnen das Grün in der Stadt wichtig ist. www.berliner-stadtgruen.de

CHANCE VERGEBEN? NOCH NICHT GANZ

Die grüne Wirtschaftssenatorin hätte dafür sorgen können, dass Berlin sein Beschaffungswesen an ökologischen Kriterien orientiert. Jetzt kann nur noch das Abgeordnetenhaus korrigieren.

Zwischen vier und fünf Milliarden Euro gibt die öffentliche Hand in Berlin jährlich für Waren und Dienstleistungen aus. Um soziale und ökologische Mindeststandards im öffentlichen Beschaffungswesen durchzusetzen, gibt es schon seit 2010 das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz. Doch 2012 setzte die CDU durch, dass die Ökovergaben erst ab einem Auftragsvolumen von 10.000 Euro zu beachten sind. Im Verhältnis zum gesamten Investitionsvolumen klingt die Zahl 10.000 nicht besonders groß. Allerdings gibt es in Berlin keine zentrale Vergabestelle, die Büromaterial, Computer, Dienstbekleidung etc. für alle kauft. Wenn nun eine einzelne Bezirksbibliothek Druckpapier kauft, tut sie das für deutlich weniger als 10.000 Euro. Da in so einem Fall das Vergabegesetz nicht greift, ist es allein der Weitsicht der jeweiligen Beschaffungsbeauftragten überlassen, ob Recyclingpapier oder weißes Frischfaserpapier geordert wird.

An sich ein gutes Gesetz

Die Regelungen des Vergabegesetzes sind eigentlich vorbildlich. Beispiel Aktenordner: Sie haben zu 100 Prozent aus unbleichem Altpapier zu bestehen und dürfen keine Beschichtung aus PVC, ABS oder PS aufweisen. Bei Computern müssen die Beschaffungsstellen darauf achten, dass die Einzelteile (leicht) austauschbar und Reparatur und Ersatzteilversorgung gewährleistet sind.



Foto: Sebastian Perlich

Als Großabnehmerin hat die öffentliche Hand eine erhebliche Marktmacht.

Warum hat die federführende grüne Wirtschaftssenatorin Ramona Pop nicht die anstehende Novellierung des Vergabegesetzes für eine überfällige Korrektur genutzt? Warum ignoriert sie den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag von 2016, der genau das vorsieht? Wieder einmal muss das Allzweckargument „Entbürokratisierung“ herhalten. Und wie so oft trifft es auch hier nicht zu. Schließlich gelten (aus gutem Grund) auch unterhalb der 10.000-Euro-Wertgrenze schon gewisse Regeln bei der Beschaffung, nur eben nicht die ökologischen. Dass das Vergabewesen nicht kollabiert, wenn man die Grenze auf 500 Euro absenkt, zeigen die anderen Stadtstaaten: Bremen hat eine Wertgrenze von null Euro, Hamburg von 1.000 Euro.

So weit, so ungut. Aber noch können die Abgeordneten der rot-rot-grünen Koalition dafür sorgen, dass Berlin seine Einkaufspolitik so gestaltet, dass umweltfreundliche, lang haltbare, reparierbare und wiederverwendbare Waren beschafft werden. Alles, was sie dazu tun müssen, ist, eine unsinnige Grenze zu schleifen. *sp*



Foto: Sebastian Perlich

Lassen sich nicht so gern in ihr Geschäftsmodell reinreden: Demonstrierende Landnutzer*innen in Berlin im November 2019.

LOBBYISMUS UND POPULISMUS

Die Brandenburger Landnutzerverbände setzen sich für die Interessen ihrer Mitglieder ein, das ist selbstverständlich und legitim. Aber dabei schlagen ihre Lobbyist*innen immer stärker populistische Töne an.

Ein halbes Dutzend Landnutzerverbände haben sich in einem Lobbydachverband zusammengesetzt, um die Interessen von Landwirt*innen, Waldbesitzer*innen, Jäger*innen, Fischer*innen und Angler*innen zu vertreten. Dass sie diesen ausgerechnet „Forum Natur Brandenburg“ genannt haben, zeugt mindestens von einem gesunden Selbstbewusstsein, um es diplomatisch zu formulieren. Denn das, wofür sie sich einsetzen, ist genau genommen das Gegenteil von Natur, nämlich eine kommerziell genutzte Kulturlandschaft. Wildnis und vor allem wilde Tiere aber passen nur sehr bedingt in dieses Konzept.

Keine Frage: Fischerrotter, Biber, Kormorane und Wölfe können wirtschaftliche Schäden anrichten. Doch statt sich für den bestmöglichen Ausgleich einzusetzen, statt potenziell betroffene Landnutzer*innen bei der Prävention zu unterstützen, stellen die Lobbyist*innen den Artenschutz als solchen infrage. Hier zeigen sich erstaunliche Ähnlichkeiten mit der rechtsextremistischen „Migrationskritik“, wenn etwa der Geschäftsführer des Verbands der Familienbetriebe mit Blick auf den Wolf von einem „ungehemmten Ausbreitungswahn“ fantasiert.

Schuld ist in dieser populistischen Erzählung mal wieder die Elite, konkret die angeblich „auf allen Ebenen tonangebenden Bürokraten“, die „oftmals jegliche Verbindung zur

Realität verloren haben“, so Forum-Natur-Lobbyist Gregor Beyer. Schlimmer noch: Für Beyer sind die staatlichen Institutionen fremdgesteuert, namentlich die Unteren Naturschutzabteilungen, die „zu reinen Propagandaabteilungen der sogenannten Naturschutzverbände verkommen sind“. Hauptfeinde der Landnutzer*innen-Lobby sind also die Umwelt- und Naturschutzverbände, die sie gern als „Industrie von Öko-Büros“, „übersubventioniertes Organisationsgeflecht mit typischen Systeminteressen“, „selbsternannte Experten“ oder schlicht „Fachidioten“ diffamieren.

Wenn es taktisch angemessen erscheint, kann „Forum Natur“ aber blitzschnell den Tonfall wechseln. Dann werden die eben noch geschmähten Umweltverbände, deren „verklärtes Bild als selbstlos agierende Gemeinnützigkeitsorganisationen“ entzaubert gehöre (O-Ton Beyer), plötzlich zum Dialog eingeladen. So geschehen im Frühjahr 2019, als der BUND mit weiteren Naturschutzverbänden die Volksinitiative „Artenvielfalt retten“ (siehe unten) startete. Die Landnutzer*innen erfuhren davon und zauberten eine eigene, weitgehend inhaltslose Insektenchutz-Volksinitiative aus dem Hut, zu der sie die Umweltverbände einluden – unter der Bedingung, die Landnutzer*innen-Variante unverändert zu akzeptieren und die eigene Volksinitiative abzusagen. Das kam für den BUND natürlich nicht infrage. *sp*

73.000 GEGEN PESTIZIDE

Die Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“ war erfolgreich. Jetzt muss sich der Brandenburger Landtag mit dem Anliegen beschäftigen.

Keine Pestizide in Schutzgebieten, weniger Pestizide im Allgemeinen, ökologische Bewirtschaftung für landeseigene Flächen, Mindestabstände zwischen Gewässern und Ackerflächen mit Dünger- und Pestizideinsatz, Fördermittel für naturverträgliche Landwirtschaft und insektenfreundliche Gestaltung der Kommunen: Diese Forderungen haben zwischen April und Dezember 73.052 Brandenburger*innen mit ihrer Unterschrift unterstützt. Mindestens 20.000 Unterschriften müssen zusammenkommen, um als Volksinitiative erfolgreich zu sein. Da diese erste Hürde der Volksgesetzgebung genommen wurde, wird sich der Landtag in Potsdam nun mit der von den Naturschutzverbänden getragenen Initiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“ beschäftigen.

In ihrem Koalitionsvertrag hat die neue rot-schwarz-grüne Regierungsmehrheit keine der Forderungen der Volksinitiative aufgegriffen. Wenigstens hat sie aber vereinbart, bis 2021 eine Strategie zu erarbeiten, mit der sich der Pestizideinsatz „nach Möglichkeit“ bis 2030 um die Hälfte reduzieren lässt. Am einfachsten ließe sich das durch eine Annahme der Volksinitiative regeln.

Allerdings muss sich der Landtag mit zwei Initiativen zum gleichen Thema beschäftigen. Zeitgleich mit den Naturschutzverbänden hatte auch der Dachverband der Landnutzerverbände, das „Forum Natur Brandenburg“ (siehe Artikel oben), eine Volksinitiative gestartet, die dem Original verblüffend ähnlich sah, wenn auch nur auf den ersten Blick. Mit 24.000 Unterschriften schaffte sie das Quorum knapp.

Kaum zu glauben: Bislang sind Pestizide in Naturschutzgebieten erlaubt.

Theoretisch könnte der Landtag beide Initiativen verabschieden. Da die der Landnutzerverbände äußerst vage formuliert ist, widersprechen sie nicht einander. Allerdings werden die mit SPD und CDU bestens vernetzten Landwirtschaftslobbyist*innen (der Geschäftsführer von „Forum Natur Brandenburg“, Gregor Beyer, gehörte der CDU-Delegation bei den Koalitionsverhandlungen an) alles daransetzen, dass der Landtag die Volksinitiative „Artenvielfalt retten“ ablehnt oder einen weichgespülten Kompromiss beschließt. Tritt dieser Fall ein, beabsichtigen die Initiator*innen der Initiative, mit dem Volksbegehren die nächste Stufe der Volksgesetzgebung einzuleiten.

www.artenvielfalt-brandenburg.de



Foto: Volksinitiative „Artenvielfalt retten“

BRAUNKOHLEFOLGEKOSTEN NICHT ABGESICHERT

Reichen die Mittel des Braunkohlekonzerns Leag aus, um die Schäden des Braunkohletagebaus auszugleichen? Der BUND hatte im August beantragt, Sicherheitsleistungen für den Betrieb des Braunkohletagebaus Welzow Süd festzusetzen. Bei der Akten-einsicht, die der BUND gleichzeitig beantragt hatte, stellte sich heraus, dass sämtliche Zahlen zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Leag geschwätzt wurden. Allerdings wurde deutlich, dass die Rückstellungen für die Rekultivierungen zum Großteil aus Forderungen an die Leag-Kraftwerkssparte bestehen. Mit anderen Worten: Die Rückstellungen von 1,6 Milliarden Euro bestanden 2017 aus offenen Rechnungen. Es ist für die Öffentlichkeit also nicht nachvollziehbar, ob der Energiekonzern überhaupt in der Lage ist, für die von ihm verursachten Schäden aufzukommen. Gegen die Schwärzung der Akten hat der BUND Widerspruch eingelegt. Brisant: Weder das Brandenburger Wirtschaftsministerium noch das Landesbergbauamt haben eigene Berechnungen zu den Folgekosten des Tagebaus angestellt. Sie können demnach auch nicht beurteilen, ob die Angaben der Leag plausibel sind.

DER BUND TRAUERT UM HORST MÖHRING

Der langjährige Leiter der LPG „Friedrich Ludwig Jahn“ in Lenzen (Prignitz) erkannte nach der Wende sehr schnell die Chancen, die der Naturschutz für die Region im nordwestlichen Brandenburg bedeutete. Mit der Umstellung der ehemaligen LPG auf biologische Landwirtschaft gelang es ihm, alle Arbeitsplätze des Betriebs zu erhalten. Die Deichrückverlegung in Lenzen, die der Elbe ihre angestammten Überflutungsflächen zurückgab, ist untrennbar mit seinem Namen verbunden. Horst Möhring starb am 28. November 2019 im Alter von 80 Jahren.



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

TERMINE

BERLIN

KLIMAWANDEL UNTER DIE LUPE GENOMMEN

Du hast zwar schon oft vom Klimawandel gehört, weißt aber nicht, was es mit den physikalischen Zusammenhängen auf sich hat? 22.2.2020, 10–18 Uhr

BUNDJUGEND-BAR

Hast du Lust die BUNDjugend Berlin kennenzulernen? Komm vorbei! Jeden zweiten Dienstag im Monat. Nächstes Treffen: 10.3.2020 ab 19 Uhr im Laika in Neukölln

MINIMALISMUS-SEMINAR

Wir lernen mehr darüber, was es bedeutet minimalistisch zu leben und wie diese faszinierende Lebensweise unseren Alltag klimafreundlicher gestalten kann! 25.4.2020

JULEICA-SCHULUNG

Du arbeitest gern mit Kindern und Jugendlichen und möchtest eigene Seminare leiten oder Freizeite betreuen? Dann werde Jugendleiter*in! 20.–24.5.2020

Weitere Termine und alle Infos findest du unter: www.BUNDjugend-berlin.de/termine

BRANDENBURG

JULEICA-SCHULUNG

Werde Jugendleiter*in und lerne, wie du selber coole Seminare gestalten und Gruppentreffen anleiten kannst. Modul I: 20.–22.3.2020 Modul II: 24.–26.4.2020

CAPTURE THE FLAG CAMP

Wir gehen zusammen in die Wildnis. Am Lagerfeuer bereiten wir unser eigenes Essen zu, lesen die Spuren der Wildtiere und bauen eigene Schlafplätze. Sei dabei und lerne dich an der Natur zu orientieren. 6.–10.4.2020

SOMMERWILDNISWOCHE

Wir verbringen eine Woche in der Natur, schlafen in selbstgebaute Jurten, bereiten unser Essen selber zu und sitzen abends am Lagerfeuer. Für Kinder von zehn bis 14 Jahren. 28.6.–5.7.2020

Alle Termine der BUNDjugend Brandenburg unter www.BUNDjugend-brandenburg.de/termine



Foto: Björn Ohmann

BIN ICH EIN „KLIMASCHUTZ-HEUCHLER“?

Von Moritz Hassenstein

Ich stelle mir diese Frage oft selber, denn auch in meinem Leben gibt es einige Punkte, die nicht perfekt sind. Ist es okay, sich für eine bessere Klimapolitik stark zu machen, wenn mein eigenes Handeln wissentlich nicht ganz klimaneutral ist? Kann ich reisen und trotzdem auf Klimademos gehen? Kann ich es verantworten, nur vegetarisch und nicht gleich vegan zu essen? Wie umfangreich muss mein Klimaengagement sein, um protestieren zu dürfen?

Populist*innen argumentieren oft, dass junge Leute, die zu Fridays-for-Future-Demos gehen, sich erst einmal an die eigene Nase fassen sollten, bevor sie einen Systemwandel fordern. Damit geben sie vielen Menschen das Gefühl, sich heuchlerisch zu verhalten, wenn sie sich für den Klimaschutz einsetzen, gleichzeitig aber im eigenen Leben nicht genügend Einschnitte machen. Gern wird von einer „Doppelmoral“ gesprochen.

Diese Debatte löst auch in mir einen inneren Konflikt aus und ich frage mich, ob ich mich nicht lieber darauf konzentrieren muss, meinen eigenen klimaschädlichen Einfluss zu verringern, statt für politische Veränderungen zu demonstrieren.

Zwei Ebenen der Forderungen von Klimaaktivist*innen

Die Forderungen von Klimaaktivist*innen lassen sich in zwei Ebenen einteilen: Zum einen gibt es die politischen Forderungen, wie beispielsweise die Erhebung einer CO₂-Steuer, stärkere Umweltgesetze oder eine Umschichtung der Agrarsubventionen. Zum anderen werden individuelle Verhaltensänderungen gefordert. Das können zum Beispiel eine vegane oder vegetarische Ernährung oder der Verzicht auf Flugreisen sein.

Bei der ersten Ebene ist es für mich ganz klar: Auch jemand, der*die sich nicht klimafreundlich verhält, kann und soll sich für politische Entscheidungen im Sinne des Klimas einsetzen. Man kann gegen Rassismus aufstehen, auch wenn man selbst nicht ohne Vorurteile ist. Raucher*innen können strikere Nichtrauchergesetze fordern, obwohl sie selbst weiter rauchen. Aber – und das ist wichtig – jede*r sollte sich der eigenen Rolle bewusst werden und diese kritisch infrage stellen.

In Bezug auf die zweite Ebene ist es nicht ganz so klar. Jemand, der*die auf einer Demo gegen SUVs skandiert, obwohl er*sie sich vor kurzem selbst noch ein großes Auto gekauft hat, ist nicht unbedingt glaubwürdig. Es wäre in diesem Fall tatsächlich heuchlerisch, Forderungen an andere zu stellen. Hier sollte wohl jede*r die Sprüche reflektieren und nicht alles einfach rufen und fordern. Aber ohnehin findet man auf dieser zweiten Ebene weniger konkrete Forderungen, sondern mehr Anregungen und den Appell, das eigene Verhalten zu reflektieren und zu verändern.

Populist*innen werfen gern beide Ebenen in einen Topf. Damit versuchen sie, die gesamte Bewegung und die Forderungen als solche zu diskreditieren. Leider kommt diese „Argumentation“ auch immer mehr aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Das hält viele davon ab, sich dem Protest anzuschließen, weil sie denken, nicht vorbildlich genug zu sein. Dann haben die Populist*innen ihr Ziel erreicht.

Fast jede Person hat den einen Bekannten, der sich vegan ernährt, auf den Klimademos immer ganz vorne steht und dann später liebe Grüße aus dem Urlaub sendet, in den er nach der Demo geflogen ist. Ist diese Person jetzt ein „Klimaschutzheuchler“?

Mehr Klimaschutz gibt es nur mit mehr politischen Maßnahmen

Dies ist gefährlich, denn den Klimawandel stoppen wir nicht durch einzelne Verhaltensänderungen, sondern durch einen System- und Gesellschaftswandel. Dafür brauchen wir unbedingt politische Maßnahmen, die beispielsweise Energiewirtschaft, Verkehrssektor und Landwirtschaft im Sinne des Klimaschutzes umgestalten. Damit schaffen wir die Voraussetzungen, dass alle klimafreundlicher leben und sich die Gesellschaft wandelt.

Um einen solchen Wandel zu schaffen, brauchen wir die vielen (auch unterschiedlichen) Stimmen und Meinungen und dürfen nicht zulassen, dass Populist*innen versuchen, diese im Vorfeld zu diskreditieren. Jede*r einzelne kann eine Politik einfordern, die die Bedürfnisse zukünftiger Generationen berücksichtigt, auch wenn wir als Individuen noch nicht so weit sind, es selbst zu tun.

Der Vorwurf, die Protestierenden seien „Klimaheuchler“, ist meiner Meinung nach eine durchsichtige Taktik der Klimaleugner*innen aus Reihen der Kohlekonzerne und rechten Gruppierungen. Es ist traurig, dass diese Pseudoargumentation auch immer mehr in gemäßigtere Teile der Gesellschaft schwappt und sich selbst viele Zeitungen teilweise mehr mit der Frage beschäftigen, wer demonstrieren darf oder „Klimaheuchler“ ist, als damit, wie wir diese große Gesellschaftsaufgabe meistern können.

Ich lasse mich jedenfalls vom „Klimaschutzheuchler“-Vorwurf nicht abhalten, auch weiterhin wirksame Klimaschutzmaßnahmen einzufordern.



Foto: Björn Ohmann

Was denkst du dazu? Wie perfekt muss mensch sein, um gegen den Klimawandel zu protestieren? Kann man persönliche Verhaltensänderungen bei Menschen einfordern, ohne selbst alles richtig zu machen?

Wir freuen uns über deine Meinung an: meinungen@BUNDjugend-berlin.de



Foto: Sebastian Perlich

BÜFFEL, REIHER UND BIBER

Kurz bevor die Erpe in Köpenick in die Müggelspree mündet, fließt sie durch eine selten gewordene offene Feuchtwiesenlandschaft. Ein Spaziergang von Hirschgarten nach Hoppegarten.

Kreuzberger*innen kennen das Phänomen: Kaum herrschen an einem Spätwintersonntag Sonnenschein und etwas höhere Temperaturen, strömen Menschenmassen an den Landwehrkanal. Dort stehen sie sich auf den Füßen, während sie Enten beobachten und das erste Eis des Jahres schlecken. Wenn Sie einmal ein anderes Gewässer und andere Tiere sehen wollen und auf das Eis verzichten können, dann beginnen Sie Ihre Spaziersaison an der Erpe, die auch als Neuenhagener Mühlenfließ bekannt ist. Das Fließtal steht größtenteils unter Schutz, auf Berliner Seite als Landschaftsschutzgebiet, in Brandenburg als Naturschutzgebiet und als FFH-Gebiete.

Startpunkt der Tour ist der S-Bahnhof Hirschgarten (S3 Richtung Erkner). Dort folgen wir der Straße Am Wiesenrain, um hinter der Hausnummer 22 rechts in den Grillenweg einzubiegen. Unmittelbar hinter der Fußgängerbrücke zweigt links ein Fußweg entlang des Ufers ab. Ab jetzt geht es immer am dem östlichen Ufer flussaufwärts. Nach knapp einem Kilometer haben wir die S-Bahn unterquert und vorerst den besiedelten Bereich hinter uns gelassen, es beginnt die Weidlandschaft Erpatal.

Von Kopfweiden gesäumt zieht sich die Erpe durch eine weitgehend offene Landschaft, aus der immer wieder kleine Gehölzgruppen hervorstecken. Damit das auch so bleibt, weiden jenseits eines Elektrozauns Wasserbüffel und aus Highland und Galloway gekreuzte Robustrinder. Vor allem die Wasserbüffel eignen sich hervorragend zur Offenhaltung von Feuchtwiesen. Sie fressen nicht nur gut Verdauliches wie Gräser, sondern auch weniger gut Verdauliches wie Schilf und Seggen. Trotz ihrem massiven Körper sinken sie auf morastigem Untergrund kaum ein, weil ihre relativ breiten Klauen das Gewicht gut verteilen. Und dort, wo ihre Huft bestehende Vegetation vernichten, haben schwächere Arten eine Chance heranzuwachsen, etwa die Sumpf-Dotterblume.

Allerdings lohnt es sich, nicht nur die Büffel im Blick zu behalten, denn am Ufer sind gelegentlich Biberspuren zu sehen. Mit etwas Glück sieht man den dämmerungsaktiven Nager, der seit ein paar Jahren wieder an der Erpe lebt. Beim Fischotter ist das nicht so sicher, zumindest streift das scheue Tier gelegentlich durch das Gebiet. Überhaupt nicht scheu präsentieren sich dagegen die Graureiher, die von Spaziergänger*innen unbeeindruckt auf den Wiesen oder im Flussbett stehen. Man sieht es der Erpe nicht unbedingt an, aber sie ist mit 20 nachgewiesenen heimischen Fischarten im Berliner Teil, davon sechs gefährdete, relativ artenreich.

Dem schon seit Jahrhunderten stark genutzten Fluss – zwischen Köpenick und Altlandsberg waren einst sechs Mühlen in Betrieb – haben menschliche Eingriffe schwer zu schaffen gemacht. Die Moorzweiden wurden entwässert und der Fluss immer wieder begradigt. 1976 ging das Klärwerk Münchhofe in Betrieb und seither dient die Erpe als Vorfluter, in dem das geklärte Wasser abläuft. An manchen Tagen sieht und riecht man das. Erst Ende 2022 soll eine vierte Klärstufe installiert werden. Immerhin wurden einige Wehre schon zugunsten der Fischdurchgängigkeit beseitigt.

Nach weniger als einem Kilometer unterbricht eine Reihe von Kleingartenanlagen die Szenerie, wovon wir uns auf dem Weg flussaufwärts nicht irritieren lassen. Hinter der Mühle Ravenstein beginnt, nun schon auf Brandenburger Gebiet, der zweite und größere Teil der Feuchtwiesenlandschaft. Sie endet an der Heidemühle, wo es eine Brücke gestattet, auf dem westlichen Ufer zurück zu spazieren. Die Alternative zum Rundweg ist, der Erpe weiter flussaufwärts zu folgen: auf dem Fernwanderweg E11 vorwiegend durch Wald, am Schloss Dahlwitz und der Pferderennbahn vorbei zum S-Bahnhof Hoppegarten (Gesamtlänge etwa 11 Kilometer). *sp*

ÖKOTIPP: GERÜCHTE AUS DER WELT SCHAFFEN

Mit Klimaleugner*innen (oder besser: Wissenschaftsleugner*innen) reden ist mühsam und meist vergeblich. Dennoch findet sich der eine oder die andere manchmal in einer Situation wieder, in der das Gespräch unvermeidlich ist oder vielleicht die Chance bietet, ein paar Dinge zu rechtzurücken. Weil das ein schwieriges Unterfangen ist, das im schlimmsten Fall kontraproduktiv wirken kann, wenn es bestehende Meinungen verfestigt, haben zwei australische Forscher eine Handreichung zum Widerlegen von Gerüchten geschrieben, die auch auf Deutsch vorliegt.

Wie korrigiert man eine falsche Information, ohne diese durch Wiederholung zu festigen?

Am besten dadurch, dass man mit den Fakten beginnt.

Dabei gilt wie so oft: Weniger ist mehr. Besser auf wenige zentrale Punkte konzentrieren, als eine Informationsüberladung riskieren. Auch wenn es angesichts des

Sachverhalts vielleicht schwer fällt: Beschränken Sie sich auf die Fakten und kommentieren Sie nicht. Wenn nun das zu widerlegende Gerücht zur Sprache kommt, sollte ihm unbedingt eine Warnung vorausgeschickt werden. Machen Sie unmissverständlich klar, dass jetzt eine Falschinformation kommt.

Im nächsten Schritt sollte nun die Lücke geschlossen werden, die beim Gegenüber durch die Richtigstellung entsteht. Das ist wichtig, weil Menschen dazu neigen, lieber ein falsches als ein unvollständiges Bild zu speichern. Erklären Sie, woher das Gerücht stammt, wer es in die Welt gesetzt hat und warum. Eine wertvolle Unterstützung beim Widerlegen von Falschinformationen stellen Grafiken dar. Das gilt vor allem in Situationen, in denen Menschen sich in ihren Grundüberzeugungen angegriffen fühlen und daher nach alternativen Interpretationen suchen. Im Gegensatz zu gesprochenem und geschriebenem Text lassen Grafiken kaum unterschiedliche Deutungen zu.

www.skepticalscience.com/docs/Debunking_Handbook_German.pdf

NATUR ERLEBEN

MITMACHEN

DER HAUSSPERLING

Wandelt sich der Allergievogel zur bedrohten Art? Jörg Böhner von der Berliner Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft und BUND-Vogelexperte Claudia Wegworth setzen die offene Gesprächsrunde Stadtnaturschutz fort. Diese findet immer am ersten Montag des Monats in der Berliner BUND-Landesgeschäftsstelle statt. 2.3.2020, 18 Uhr, Berlin-Schöneberg, Crellestraße 35

GRÜN AUF DACH UND FASSADEN

Fakten, Argumente und Empfehlungen für die Hausbegrünung liefert Sebastian Schmauck (Bundesamt für Naturschutz) in der offenen Gesprächsrunde Stadtnaturschutz. 6.4.2020, 18 Uhr, Berlin-Schöneberg, Crellestraße 35

REPAIRCAFÉ SCHÖNEBERG

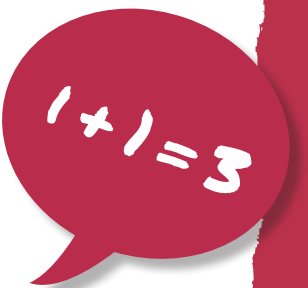
Jeden dritten Montag im Monat treffen sich Reparaturprofis in der Berliner BUND-Landesgeschäftsstelle mit Menschen, die reparaturbedürftige Dinge mitbringen. Dabei steht Wissenstransfer und Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund. Aufgrund der hohen Nachfrage ist eine Anmeldung nötig. www.repaircafe-schoeneberg.de

BERLINER ENERGIE-TAGE

Die Berliner Energietage sind Kongress und Fachmesse zur Energiewende in Deutschland. 4.–6.5.2020, European Business School, Berlin-Mitte www.energietage.de

LESERINNENBRIEF

zu „Berlin – Fahrradstadt der Zukunft“, BUNDzeit 2019/4
Es hat mich sehr erstaunt, dass als Maßnahme überhaupt nicht erwähnt wird, dass die Fahrradmitnahme im öffentlichen Nahverkehr kostenlos sein müsste. Nicht nur wegen der Kosten für die Fahrrad-in-der-Bahn-Mitnehmer, auch wegen der politischen Botschaft, die darin steckt bzw. stecken würde. Karin Burger



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V.
Crellestr. 35
10827 Berlin
www.BUND-Berlin.de
und

Landesverband Brandenburg e.V.
Mauerstraße 1
14469 Potsdam
www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de
www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp)
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Meinung des BUND wieder.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42
anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

Möller Druck und Verlag GmbH
www.moellerdruck.com

GESTALTUNG

sujet.design
www.sujet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

30.000
Gedruckt auf UltraMag Plus Silk, 100 % Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang Mai 2020. Anzeigenschluss ist der 20. März 2020.

SPENDENKONTO

BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE 51 1002 0500 0003 2888 00
BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg
GLS Bank
IBAN:
DE 24 4306 0967 1153 2782 00
BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



BUNTE WIESEN

Im Garten und auf öffentlichen Grünflächen ist es nicht anders als in Politik und Gesellschaft: Vielfalt schlägt Einfalt. Langgraswiesen – auch Bunte Wiesen genannt – sind nicht nur für das menschliche Auge interessanter als monotone Rasenflächen (ob sie schöner sind, bleibt natürlich eine Frage des Geschmacks). Sie bieten mit vielen unterschiedlichen Gräsern und Kräutern Schmetterlingen und anderen Insekten ein hervorragendes Nahrungsangebot. Im städtischen Bereich verbessern Bunte Wiesen außerdem das Mikroklima und filtern Staubpartikel aus der Luft. Daher lautet unsere Anregung für die Gartensaison:



Säen und pflegen Sie Bunte Wiesen!

Problemlos geht das natürlich im eigenen Garten. Unter Umständen können Sie aber auch einer öffentlichen Fläche zu mehr Vielfalt verhelfen. Sprechen Sie Ihre Gemeinde an – viele Verwaltungen sind offen für derartige Vorhaben. In der Regel klären Sie in einer Pflegevereinbarung, was Sie auf der fraglichen Fläche tun.

Säen müssen Sie nicht zwingend. Um die Artenvielfalt auf einer bestehenden Wiese zu erhöhen, reicht oft Zurückhaltung beim Mähen. Wenn es sich um eine sehr artenarme Fläche handelt oder wenn Sie schnelle Ergebnisse sehen möchten, empfiehlt es sich heimische Arten auszusäen. Bei der Auswahl des Saatguts wie auch im Umgang mit der zuständigen Verwaltung beraten wir Sie gern!

Achtung: Bei der Mahd der Bunten Wiese kommt ein Rasenmäher nicht in Betracht. Erstens weil Kleintiere im Mähwerk getötet werden, was der Artenvielfalt schadet. Zweitens weil die Langgraswiese bis zur Hüfte gehen kann, womit der Rasenmäher überfordert ist. Stattdessen empfehlen wir die gute alte Handsense. Sie ist leise und absolut emissionsfrei, schont die Tierwelt und hält die sensende Person fit. Damit möglichst viele Pflanzen aufwachsen und Samen bilden können, wird nur ein bis zwei Mal jährlich gemäht, meist im Juni und September.

Kontakt: Mario Sitte, BUND Brandenburg
0331 70399722, wildtiere-brb@BUND.net
www.BUND-Brandenburg.de/buntewiese

POPULISMUS IN ZAHLEN

Durch das Internet geistern viele Gerüchte, Stereotype und Falschmeldungen, die alle ein Ziel haben: Umweltschutz als sinnlos und kontraproduktiv darzustellen und Umweltschützer*innen als scheinheilig oder bestenfalls naiv zu diffamieren. Wir stellen die Zahl der Ergebnisse bei einschlägigen Suchmaschinenanfragen den Fakten zum jeweiligen Stereotyp gegenüber.

Google-Suchergebnisse für „im/mit dem SUV zum ...“

... Biosupermarkt“: **396**
... Biomarkt“: **1.096**
... Bioläden“: **414**

Studien zur Verkehrsmittelwahl von Kund*innen in Bioläden ...

... **0**

Google-Suchergebnisse für ...

... „Abfall“ + „zusammengekippt“: **1.290**
... „Märchen von der Mülltrennung“: **432**
... „Mülltrennung ist sinnlos“: **139**

Recycling oder rohstoffliche Verwertung von ...

... Altglas, in Prozent: **85,5**
... Papier (Altpapierersatzquote: Altpapieranteil an der gesamten Papierproduktion in Deutschland), in Prozent: **74,6**
... Verpackungsmüll, in Prozent: **46,7**

Google-Suchergebnisse für ...

... „Deutschland“ + „zwei Prozent“ + „co2“ + „weltweit“ + „irrelevant“: **5.280**

Ranking der Staaten nach CO₂-Ausstoß seit 1990 ...

... China, in Kilotonnen: **10.877.217**
... USA, in Kilotonnen: **5.107.393**
... Indien, in Kilotonnen: **2.454.773**
... Russland, in Kilotonnen: **1.764.865**
... Japan, in Kilotonnen: **1.320.776**
... Deutschland, in Kilotonnen: **796.528**

Google-Suchergebnisse für ...

... „Überbevölkerung“ + „Klimawandel“: **80.100**

CO₂-Ausstoß der zehn aktuell am stärksten von Hunger und Klimawandel betroffenen Länder seit 1990 ...

... Burundi, in Kilotonnen: **363**
... Dem. Rep. Kongo, in Kilotonnen: **3.495**
... Madagaskar, in Kilotonnen: **4.156**
... Jemen, in Kilotonnen: **12.502**
... Sierra Leone, in Kilotonnen: **1.308**
... Tschad, in Kilotonnen: **924**
... Malawi, in Kilotonnen: **1.770**
... Haiti, in Kilotonnen: **3.520**
... Niger, in Kilotonnen: **2.730**
... Sambia, in Kilotonnen: **4.967**

Google-Suchergebnisse für ...

... „Todesfalle“ + „Windrad“: **32.900**

Deutschlandweit getötete Vögel jährlich durch ...

... Kollisionen mit Glas: circa **18.000.000**
... Straßenverkehr: circa **10.000.000**
... Hochspannungsleitungen: **1.500.000–2.800.000**
... Schienenverkehr: **11.600–2.440.000**
... Fischfang (in Netzen gefangene und ertrunkene Vögel an Nordsee und Ostsee): **100.000–200.000**
... Windkraftanlagen: **10.000–100.000**
... Lebensraumverlust, Monokulturen, Insektenschwund: **unbezahlbar**

Quellen: Google, Umweltbundesamt, EU Joint Research Centre (Emissions Database for Global Atmospheric Research), Christian Aid, BUND NRW, birdresearch.dk, Nabu, Eisenbahnbundesamt, Bundesamt für Naturschutz, Michael-Otto-Institut

ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (ab 60€)
 Familie (ab 72€)
 Ermäßigt (ab 24€)
 Lebenszeitmitglied (einmalig ab 1.500€)

Name/Vorname
Straße
PLZ/Ort
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)
Telefon (wenn Sie möchten)
E-Mail (wenn Sie möchten)

Ich will den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin erhalten.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin • Fax 030 78790018 • kontakt@BUND-Berlin.de
BUND Brandenburg • Mauerstr. 1 • 14469 Potsdam • Fax 0331 70399799 • BUND.Brandenburg@BUND.net

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland



Kontoinhaber*in
IBAN (oder Konto-Nr.)
BIC (oder Bankleitzahl)
Geldinstitut/Ort



Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)
BUND Gläubiger-ID: DE34ZZZ00000103826

Mit Ihrer Unterschrift werden Sie Mitglied im BUND und erteilen Ihre Erlaubnis, den Mitgliedsbeitrag von Ihrem o.g. Konto einzuziehen. Ihre Mitgliedschaft können Sie jederzeit und ohne Angabe von Gründen beenden. Für Ihre Mitgliedschaft erfolgt – sofern Sie nichts Anderes bestimmen – eine regionale Zuordnung zum jeweiligen BUND-Landesverband aus dem Bundesland Ihres Wohnsitzes.

Der BUND (Bundesverband) erhebt und verarbeitet Ihre Daten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO im Rahmen der satzungsgemäßen Vereinszwecke für die Betreuung Ihrer Mitgliedschaft. Unter der Anschrift „BUND, Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin“ erreichen Sie auch dessen Datenschutzbeauftragten. Die Nutzung Ihrer Adressdaten für werbliche Zwecke erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Einer solchen Nutzung können Sie jederzeit widersprechen. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.bund.net/datenschutz

BUNDzeit 01/2020

www.mithelfen.net